

<http://www.derwesten.de/politik/asyl-kosten-ueberfordern-kommunen-aimp-id8699565.html>

DÜSSELDORF.

## Asyl-Kosten überfordern Kommunen

25.11.2013 | 00:18 Uhr

Hohe Krankheitskosten für die steigende Zahl der Asylbewerber werden für Kommunen in NRW zunehmend zu einer untragbaren Belastung. Der Städte- und Gemeindebund kritisiert, dass das Land den Kommunen die Kosten für die medizinische Betreuung geduldeter Asylbewerber allein aufbürdet und die Pauschalen insgesamt nicht ausreichen.

Transplantationen, Klinikaufenthalte und Behandlungen überschritten oft die Leistungsfähigkeit von Kommunen. In Einzelfällen würden Kosten von 500000 Euro im Jahr pro Patient fällig. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Roland Schäfer, forderte NRW auf, sich an Hessen ein Beispiel zu nehmen, das Städten alle Flüchtlings-Krankenkosten über 10000 Euro erstattet.

Während das Land Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge erstattet, werden die Krankenkosten für die Gemeinden zum unkalkulierbaren Risiko. Der CDU-Kommunalexperte Andre Kuper berichtete, dass am Stichtag 11.Juni 5527 Flüchtlinge in NRW neben Regelleistungen und Pauschalen des Landes zusätzlich Leistungen der Kommunen bei Krankheit, in der Schwangerschaft oder bei einer Geburt erhielten. Mit 50,2 Millionen Euro Krankenkosten betrug der Anteil an den gesamten Asylbewerberleistungen fast 18 Prozent. „Die Krankenkosten sind ein nicht planbarer Faktor der Kosten für Asylbewerber“, sagte Kuper.

Für besondere Härtefälle und unvorhersehbare Belastungssituationen stellt das Land 5,6 Millionen Euro im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung. Damit lassen sich nach Angaben der Kommunalen Spitzenverbände allerdings oft nur wenige Fälle finanzieren. „Das reicht oft nicht mal für zehn Personen“, klagte ein Experte der Spitzenverbände im Innenausschuss des Landtags. „Diese Menschen sind oft traumatisiert und haben auf der Flucht Verletzungen erlitten – sie brauchen kostspielige medizinische Hilfe“, weiß Schäfer.

Bundesweit wird in diesem Jahr ein Anstieg der Zahl der Asylbewerber auf bis zu 100000 Antragsteller erwartet – damit steigt auch die Zahl der Kranken. Behandelt werden in den Kommunen nur Notfälle: Wenn ein Asylbewerber dringend eine Herz-OP oder eine Lebertransplantation benötigt, muss die Gemeinde die Kosten tragen. Besonders kleine Gemeinden geraten nach Angaben des Gemeindebundes an den Rand der Zahlungsfähigkeit.

*Wilfried Goebels*